

Interessengemeinschaft
„ALTER FÄHRHAFEN WARNEMÜNDE“

Kontakt: H.Schulze · Parkstr. 9 · 18119 W'mde · www.conexeum.de

Rostock-Warnemünde, den 16.08.2017

Verehrter Herr Bürgerschaftspräsident, sehr geehrter Herr Dr. Nitzsche,

bereits im Herbst 2015 haben Sie den Oberbürgermeister angemahnt, sich als Verwaltungschef an geltende Bürgerschaftsbeschlüsse zu halten. Dafür sind und waren Ihnen viele Menschen der Rostocker Stadtgesellschaft nicht nur dankbar, sondern haben daraufhin vertraut, dass Verwaltungsspitze, Stadtplanung & WIRO den Willen von Volksvertretern / Bürgern respektieren.

Durch Bekanntwerden von Verlauf und Ergebnis der Beratung zwischen Oberbürgermeister mit Vertretern von Bürgerschaftsfraktionen, Ortsbeirat, Stadtplanungsamt und WIRO am 13.07.2017 zeigt sich jedoch, dass dieses ein nun offenkundiger Trugschluss war. So berichteten Teilnehmer dieser Beratungsrunde dem Warnemünder Ortsbeirat und Alexander Prechtel bei der letzten Ortsbeiratssitzung, dass der Oberbürgermeister die Auffassung vertritt, „Bürgerschaftsbeschlüsse hätten eine Halbwertszeit von 2 Jahren und diese können auch als Prüfauftrag ausgelegt werden.“ In diesem Zusammenhang erklärte Herr Methling gegenüber den Teilnehmern der Beratungsrunde unmissverständlich, dass er nicht bereit sei, die im betreffenden Beschluss zur Mittelmole enthaltenen Vorgaben auch umzusetzen.

Aus diesem aktuellen Anlass hat der OBR Warnemünde am 9.08.2017 einstimmig einen neuen Beschluss gefasst, in dem es heißt: „Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Beschluss der Bürgerschaft 2014/AN/0070 vom 1. Oktober 2014 nunmehr zügig umzusetzen.“ Schließlich wird von den handelnden Akteuren nicht nur seit 3 Jahren der Beschluss zur Mittelmole ignoriert, sondern die Planungen entgegen dessen Vorgaben am von der breiten Öffentlichkeit abgelehnten Funktionsplan unverdrossen vorangetrieben. Das belegen auch die internen Unterlagen vom 13.07.2017, welche an die Beratungsteilnehmer per Rundmail verschickt wurden. Demnach scheint das Verwaltungshandeln darauf abzuzielen, dem Festhalten an der ursprünglichen Fehlplanung samt Verstoß gegen den geltenden Beschluss durch dessen Abänderung im Nachhinein einen demokratisch legitimierten Rahmen verschaffen zu wollen.

Dieser Vorgang untergräbt nicht nur zusehends das Vertrauen der Rostocker Bevölkerung in das demokratische Zusammenspiel von Bürgerschaft, Verwaltung und kommunaler WIRO, sondern irritiert und empört große Teile der Öffentlichkeit zugleich (siehe aktuelle Presselinks auf unser Homepage). Daher möchten wir uns nicht nur fragend an die Kommunalaufsicht wenden (s. Anlage: Brief an Innenministerium), sondern bitten Sie als Präsident unserer Bürgerschaft mit diesem offenen Brief erneut und nachdrücklich, mit aller Konsequenz einzuschreiten.

In diesem Sinne hoffen wir im Namen vieler Bürgerinnen und Bürger sowie Mitstreiter und Sympathiesanten unserer Bürgerinitiative auf Ihre erneute, basisdemokratische Unterstützung im Sinne des gesamtstädtischen Friedens bzw. Gemeinwohls und verbleiben

mit demokratischen Grüßen



Heiko Schulze
- BI-Sprecher -